

Martin Albers (Cambridge, 2013):

## Otto Wels' Rede zum Ermächtigungsgesetz 1933– einige Gedanken

Zunächst einmal fällt aus heutiger Sicht auf, dass die Rede insgesamt vergleichsweise zurückhaltend ist. Eine radikale Verurteilung der Nazis sucht man vergeblich. Sätze wie 'Wehret den Anfängen' oder 'Kein Fußbreit dem Faschismus', die einem heute in den Sinn kommen, wenn es um Widerstand gegen rechtsextremes Gedankengut geht, fehlen ebenfalls. Sie klingt auch nicht nach Wels selbst, der noch wenige Wochen vorher auf einer Kundgebung vor 200000 Mitgliedern des Reichsbanners Schwarzrotgold verkündet hatte: "Berlin wird niemals die Hauptstadt eines Faschistenreiches werden. Berlin bleibt rot!".

Stattdessen sogar, zumindest scheinbar, Zustimmung zu manchen von Hitlers Zielen. Die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes durch die SPD wird erklärt, und an manchen Stellen klingt die Rede fast wie eine Entschuldigung, etwa wenn Wels sagt, nach den Verfolgungen der letzten Wochen könne doch wirklich niemand erwarten, dass die Sozialdemokraten für das Gesetz stimmen. Dennoch ist die Rede ein beeindruckendes Dokument von Zivilcourage im wörtlichen Sinne, und die scheinbare Zurückhaltung lässt sich verstehen, wenn man den Text vor dem historischen Hintergrund sieht.

Erstens muss man die unmittelbaren Umstände der Rede sehen. Die Wahlen im März waren bereits von nationalsozialistischem Terror geprägt. Die kommunistischen Abgeordneten wurden komplett daran gehindert, ihre Mandate wahrzunehmen. Auch von den 120 SPD-Abgeordneten waren einige bereits verhaftet worden, Julius Leber und Carl Severing sogar auf dem Weg zur Reichstagssitzung. Der ehemalige Minister Wilhelm Sollmann lag nach schweren Misshandlungen im Krankenhaus, und von 120 gewählten SPD-Mitgliedern konnten nur 94 Abgeordnete an der Sitzung teilnehmen. Bereits auf dem Weg von den Fraktionsräumen zur Kroll-Oper, wo die Sitzung stattfand, mussten die Sozialdemokraten einen Spießrutenlauf durch ein Spalier von SA-Männern bewältigen. Auch der Sitzungssaal selbst war gefüllt mit SA-Mitgliedern, die teilweise bewaffnet waren. Nicht nur Wels fürchtete um sein Leben und trug angeblich eine Cyanid-Kapsel bei sich, um sich im Falle von Verhaftung und Folter das Leben zu nehmen. In dieser Situation wollte man den Nazis keinen Anlass bieten, Wels niederzubrüllen oder ihn und die SPD-Abgeordneten unmittelbar nach der Sitzung anzugreifen. Zudem war bereits im Vorfeld des Wahlkampfes im März die gesamte linke Presse in ihrem Wirken stark eingeschränkt worden. Um dennoch einen Abdruck in den nicht-nationalsozialistischen Zeitungen zu ermöglichen, übten die Verfasser der Rede – neben Wels u.a. auch Kurt Schumacher – große Zurückhaltung.

Darüber hinaus verfolgte Wels das klare Ziel, die Konzepte Nation und Patriotismus nicht gegenüber den Nazis preiszugeben. Darin ist kein Werben um Unterstützung durch Nationalisten zu sehen, sondern ein Ausdruck des komplexen und oft schwierigen Verhältnisses von Nation und Sozialdemokratie. Als Chiffren stehen hier insbesondere die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914 und die Gründungsphase der Weimarer Republik 1918/19 im Raum. 1914 hatte die SPD entgegen früheren Bekenntnissen zum Internationalismus die Regierung unter Kaiser Wilhelm II. unterstützt. Die Politik des Burgfriedens hatte Kriegseintritt und -führung ungemein erleichtert. Das Ziel, dadurch die Ausgrenzung der Arbeiterschaft zu überwinden und politische Gestaltungsmöglichkeiten zu gewinnen, erfüllte sich jedoch kaum. Stattdessen zerbrach die Partei in USPD und MSPD, und das Bewusstsein, mit der Unterstützung der Kriegskredite historische Schuld auf sich geladen zu haben, belastete die Partei für Jahrzehnte. In mancher Hinsicht hat die damalige Entscheidung bis heute Nachwirkungen. 1933 schien eine ähnliche nationale Krisensituation eingetreten zu sein. Angesichts der Wirtschaftskrise und des Scheiterns der Weimarer Republik beschworen nicht nur die Nazis die Notwendigkeit einer breiten nationalen Einigung, um die anstehenden Probleme zu überwinden. Dieser Eindruck der nationalen Krise erklärt zum Teil, warum Zentrum und Liberale dem Ermächtigungsgesetz zustimmten. Die Schwierigkeit für Wels und die SPD bestand also darin, einerseits den Grundsätzen der Partei treu zu bleiben und, im Gegensatz zu 1914, die moralisch und politisch richtige Entscheidung zu treffen, gleichzeitig aber den Eindruck zu vermeiden, die Sozialdemokratie verweigere sich der Idee des nationalen Zusammenhalts in der außergewöhnlichen Krisensituation Anfang der 1930er Jahre. Daher das Bekenntnis zur der Forderung nach internationaler Gleichberechtigung für Deutschland, Ende der Reparationen und die Erklärung, die SPD habe weder in Paris um Intervention gebeten, noch ihr Vermögen nach Prag transferiert.

Das zweite Schlüsselmoment im Verhältnis von Sozialdemokratie und Nation, das eine wichtige Rolle spielt, ist die Gründungszeit der Weimarer Republik von 1918/19. Nach dem völligen Scheitern der Strategie der militärischen Eliten hatten diese es insbesondere der SPD überlassen, die politischen Scherben von vier Jahren Krieg zusammenzukehren. Die Regierung unter Friedrich Ebert sah sich dabei mit einer Reihe existentieller Probleme konfrontiert. Im Innern drohte bis zu Beginn der 1920er Jahre sowohl eine Radikalisierung der Revolution, als auch ein Putsch von Rechts und ein offener Bürgerkrieg, wie er in Russland zu Millionen von Toten geführt hatte. International drangen die Alliierten auf Annahme der tatsächlich sehr harten Friedensbedingungen und drohten, andernfalls den Krieg fortzuführen, Deutschland zu besetzen und als politische Einheit aufzulösen. In dieser Zeit musste die Regierung, unter maßgeblicher Beteiligung der SPD, schwierige Entscheidungen treffen, die nicht nur die Partei vor eine Zerreißungsprobe stellten. Im

Innern wurde die Revolution unterdrückt, was zum Mord an zahlreichen Menschen führte, die sich oft, wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, bis vor kurzer Zeit mit viel Energie und Überzeugung für die Ziele der Sozialdemokratie eingesetzt hatten. Der Bruch zwischen SPD und KPD wurde auf Jahrzehnte manifestiert, zum Teil ebenfalls mit Folgen bis heute. Nach außen wurde der Versailler Vertrag angenommen, obwohl auch die SPD diesen für fundamental falsch hielt. Letztlich konnte damit jedoch die Situation stabilisiert werden, und die Grundlage wurde geschaffen für den sozialen Rechtsstaat der Weimarer Republik. Von Seiten der Rechten wurden diese Ergebnisse jedoch bekanntlich nicht als Erfolge gesehen. Stattdessen verdrehte man die Geschichte und lastete 'den Novemberverschöckern' der SPD die Niederlage des Krieges und die Krisen der Republik an.

Wels war an den genannten Entscheidungen unmittelbar beteiligt und verkörperte die Zwänge und Konflikte der Sozialdemokratie in seiner Person. Er hatte früh auf einen Kompromiss mit der Reichswehr gedrängt, verantwortete einen Schießbefehl gegen Spartakisten und war von revolutionären Matrosen bedroht und misshandelt worden. Gleichzeitig spielte er im Generalstreik gegen den rechtsradikalen Kapp-Putsch eine zentrale Rolle und drängte auf den Rücktritt von Gustav Noske, der die Morde der Freikorps sanktioniert hatte. Im Moment des Putsches gegen die sozialdemokratische Regierung Preußens 1932 hatte Wels gegen einen aussichtslosen Generalstreik und Bürgerkrieg gestimmt, aber wenig später auch verhindert, dass die SPD die Regierung des Generals Kurt von Schleicher unterstützte. Trotz der problematischen Folgen mancher dieser Entscheidungen lässt sich darin doch das klare Ziel erkennen, die staatliche Einheit und Stabilität Deutschlands zu wahren, ohne die Grundsätze der SPD preiszugeben.

In Otto Wels' Rede kommt daher ein grundsätzlicher Widerstand gegen jede Art von Vereinnahmung der Nation und der Geschichte durch die Rechten zum Ausdruck. Der Verweis auf die Annahme des Versailler Vertrages stellt klar, dass die SPD damals aus einem Gefühl der nationalen Verantwortung heraus handelte, während sich die eigentlich Schuldigen in die Büsche schlugen. Das Bekenntnis zur Nation ist somit auch als eine direkte Antwort zu verstehen auf die Dolchstoßlegende und als eine Rechtfertigung der SPD-Politik in der Zeit seit 1918, die zugleich die Lügen Hitlers entlarvt.

Neben der Frage der Nation ist ein zweites wichtiges Element der Rede das unbedingte Bekenntnis zum Parlamentarismus. Hierbei muss man sich kurz vor Augen halten, dass das Ermächtigungsgesetz ein zumindest dem ersten Anschein nach legaler und verfassungsmäßiger Schritt war. Zum Zeitpunkt der Debatte war der Rechtsstaat bereits faktisch außer Kraft gesetzt. Aber formal befand man sich noch vollkommen im Rahmen der Weimarer Verfassung.

Auch dabei muss man bedenken, dass die Sozialdemokratie durchaus mit der liberalen Demokratie

gerungen hatte. Der Verzicht auf eine revolutionäre Eroberung der Macht durch die Linke 1918 hatte die bereits erwähnte Spaltung der Arbeiterparteien unumkehrbar gemacht. Zudem bedeutete die Entscheidung für ein parlamentarisches System, dass Kernziele der Partei auf absehbare Zeit nicht zu erreichen wären. Hierzu zählte eine grundsätzliche Umverteilung des Besitzes ebenso wie eine Auswechslung der reaktionären Eliten in Militär, Verwaltung, Justiz und Bildungswesen, sowie die Herstellung echter Chancengleichheit. Im Konflikt zwischen revolutionärer Diktatur und demokratischem Kompromiss überwog jedoch klar die Entscheidung zugunsten der Grundfreiheiten und freien Wahlen. In der Zeit nach 1918 wurde die SPD zur wichtigsten Kraft, die sich für die Republik einsetzte.

In Wels' Rede steckt daher eine doppelte Verteidigung der repräsentativen Demokratie. Inhaltlich wird diese auch im Angesicht unmittelbar bevorstehender bzw. schon eingesetzter Verfolgung verteidigt, wenn es etwa um die Pressefreiheit oder die Rechte des Reichstages geht, die aufgehoben werden sollen. Aber auch in der Form der Rede kommt diese Verteidigung zum Ausdruck. Wels ruft nicht zum bewaffneten Widerstand gegen Hitler auf, nicht einmal zum zivilen Ungehorsam. Diese aus heutiger Sicht falsche Zurückhaltung lässt sich auch als ein klares und mutiges Auftreten für den Parlamentarismus verstehen. Hitlers Regierung hat eine, zumindest ansatzweise, demokratisch legitimierte Mehrheit und im Umgang mit einer solchen Regierung sollen Argumente überzeugen und nicht rohe Gewalt. Dies macht Wels' Rede durch ihren weitgehend nüchternen Stil deutlich. Hier kommt zivile Courage zum Ausdruck, die sich mit ihrer Logik ganz klar gegen Militarismus und Staatsterror richtet, wie ihn die Nazis verkörpern. Dadurch macht sich Wels nicht nur die Ziele, sondern auch die Mittel der liberalen Demokratie zu eigen, auch wenn die Voraussetzungen für eine diskursive Auseinandersetzung schon nicht mehr gegeben sind.

Schließlich ist auch wichtig, dass Wels die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust noch nicht erahnen konnte. Bei der Beurteilung der Lage konnten Wels und die anderen Beteiligten sich nur an Erfahrungen der Vergangenheit orientieren. Hierzu zählte für die SPD das Sozialistengesetz, das die Partei von 1878 bis 1890 verboten hatte. Während dieser Zeit, in die auch die politische Sozialisierung des jungen Otto Wels fiel, war die Partei zwar formal verboten, im Untergrund jedoch sehr aktiv. Die vergleichsweise liberale Handhabung des Gesetzes erlaubte es der SPD, durch Tarnorganisationen eine Parteistruktur zu erhalten. Nach Aufhebung des Gesetzes 1890 nahm die Bedeutung und die Mitgliederzahl der SPD dann sehr rasch zu, bis sie 1912 deutlich stärkste Partei im Reichstag wurde. 1933 schien sich eine ähnliche Entwicklung abzuzeichnen. Ein Verbot der SPD war abzusehen. Die Lage war sehr ernst, und der bereits eingesetzte Terror gegen Sozialdemokraten und Kommunisten beeinflusste die Atmosphäre im Reichstag unmittelbar. Daher ist der berühmteste Satz der Rede "Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht"

durchaus ernstgemeint. Gleichzeitig war jedoch völlig unklar, wie sich das Regime verhalten würde, wenn es seine Macht erst einmal stabilisiert hatte. Die SPD-Führung musste davon ausgehen, dass dies nicht das völlige Ende jeglicher Parteiarbeit in Deutschland bedeuten würde und man aus dem Widerstand vielleicht sogar gestärkt hervorgehen könnte. Auf diese Hoffnung nahm Wels konkret Bezug. Damit unterschätzte er, dass der nationalsozialistische Totalitarismus von gänzlich anderer Qualität sein würde als der wilhelminische Obrigkeitsstaat. Mit dieser Fehleinschätzung war Wels jedoch in keiner Weise allein. Im Zentrum und bei den Liberalen schwankte die Stimmung zwischen Furcht und Hoffnung. Einerseits gaben mehrere Zentrumsmitglieder später an, Angst um ihr Leben gehabt zu haben und deswegen dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt zu haben. Andererseits verließ man sich in naiver Weise auf Hitlers Zusagen, einige der Weimarer Institutionen intakt zu lassen und die Rechte der Kirche zu respektieren. Gerade beim katholischen Zentrum spielte hier ebenfalls die Erfahrung mit dem Kulturkampf unter Bismarck eine wichtige Rolle, so dass man glaubte, dem Gesetz zustimmen zu können.

Heute würde man vieles anders und schärfer formulieren, als Otto Wels es damals tat. Aber in der Sache bleibt die Rede dennoch ein beeindruckendes Zeitdokument, das weit über den historischen Augenblick Bedeutung hat. Moralisch ist die Rede und die folgende, geschlossene Abstimmung durchaus als Antithese zu sehen zur Unterstützung der Kriegskredite 1914 und zur Tolerierung der Freikorpsmorde 1918/19 durch die SPD. Insoweit ist die Rede ein wichtiges Element sozialdemokratischer Traditionsbildung, auf das die SPD in ihrem Jubiläumsjahr Bezug nimmt und zu Recht stolz ist. Der Sozialwissenschaftler Iring Fetscher hat Recht, wenn er feststellt: „Das ‚Nein‘ der 94 sozialdemokratischen Abgeordneten, die noch nach Berlin kommen konnten, vermochte zwar die verfassungsändernden Vollmachten des ‚Ermächtigungsgesetzes‘ nicht zu verhindern, aber es wahrte wenigstens die Würde dieser standhaften Demokraten.“

## **Literatur**

Hans J.L. Adolph, *Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie, 1894-1939: eine politische Biographie* (Berlin, 1971)

Richard Evans, *The coming of the Third Reich* (Cambridge, 2003)

Heinrich Potthoff und Susanne Miller, *Kleine Geschichte der SPD, 1848-2002* (Bonn, 2002)

Otto Wels, *Rede zur Begründung der Ablehnung des „Ermächtigungsgesetzes“ durch die Sozialdemokratische Fraktion in der Reichstagssitzung vom 23. März 1933 in der Berliner Krolloper*, mit einem Essay von Iring Fetscher (Hamburg, 1993)